

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 81 (2001)
Heft: 3

Artikel: Undemokratische Regierungen
Autor: Tullock, Gordon
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166472>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gordon Tullock

ist Professor für Rechtswissenschaft und Ökonomie am J. M. Buchanan Center for Political Economy an der George Mason University in Fairfax (Virginia USA). Seine zahlreichen Publikationen betreffen folgende Themenkreise: Public Choice, ökonomische Analyse des Rechts, Bio-Ökonomie und Foreign affairs. Neueste Publikationen und Publikationsprojekte: *Government: Whose Obedient Servant?: A Primer in Public Choice*, The Institute of Economics Affairs, September 2000. «Some Further Thoughts of Voting», *Public Choice* 104, p. 181–182, September 2000. «Nixon Defeats Kennedy!» (Did Nixon win the popular vote in 1960?) (revised version) *National Review's Internet Update* for November 13, 2000, <http://www.national-review.com>. Efficient Rent-Seeking with Alan Lockard. Kluwer Academic Publishers, forthcoming. Monograph: *Exchanges and Conflict in Economics and Politics*, The Locke Institute (2000).

UNDEMOKRATISCHE REGIERUNGEN

Offiziell bezeichnen sich heute die meisten Staaten als Demokratien, eine genauere Analyse zeigt aber, dass das Mehrheitsprinzip durch eine grosse Zahl von konkurrierenden Prinzipien und Einschränkungen stark relativiert wird. In der Geschichte begegnen wir vorwiegend gemischten Regierungsformen, die bemerkenswert erfolgreich waren.

Das allgemeine Wahlrecht entwickelte sich langsam. Frauen durften in den meisten Demokratien vor dem Ersten Weltkrieg nicht wählen. In England erreichten sie das volle Wahlrecht erst 1931. Auch die Männer der unteren Schicht bekamen dort erst 1918 das volle Wahlrecht. In den USA durften die Schwarzen erst nach 1960 wählen.

Auch in der Schweiz sind nicht alle Angehörigen der arbeitenden Bevölkerung wahlberechtigt. Es gibt viele ausländische Arbeitskräfte aus der unteren Berufsschicht, die nur geringe Aussichten haben, Bürger werden zu können und abstimmen und wählen zu dürfen. Dabei gilt die Schweiz als der demokratischste Staat der Welt.

In der klassischen Demokratie von Athen oder Rom herrschte direktes Wahlrecht; die Bürger mussten zur *Pynx* oder zum *Forum* gehen um zu wählen. Sie wählten in Sippen, das bedeutet, dass nicht alle Stimmen das gleiche Gewicht hatten. Athen ging bis ins Extrem und wählte nahezu alle Ämter durch Los. Diese willkürliche Methode kann man noch in der Stoa von *Attalus* sehen. Die Generäle wurden allerdings gewählt und nicht durch das Los bestimmt. Die amerikanischen Gerichte sind zumindest in der Theorie durch das Los bestimmt.

Direktdemokratische Entscheidungen sind in der Schweiz und im Westen der USA sehr häufig. Ob das eine Verbesserung darstellt oder nicht, ist eine offene Frage. Empirische Arbeiten in der Schweiz zeigen allerdings, dass es besser funktioniert, als wenn die Entscheidungen dem gewählten Parlament oder der Regierung überlassen werden.

Demokratien – heute und morgen

Seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums wird nur noch die Hälfte

der Weltbevölkerung autokratisch regiert. Trotzdem sind nicht alle früheren Teile der Sowjetunion heute unabhängige Demokratien. Per definitionem ist Russland heute eine Demokratie – die Tschetschenen freilich werden das wohl in Abrede stellen. Die osteuropäischen Staaten, die früher unter russischer Herrschaft standen, sind heute mehr oder weniger demokratisch. Hingegen sind die asiatischen Staaten unter früherer russischer Herrschaft noch weitgehend Diktaturen. Die einzige Veränderung besteht darin, dass sich dort langsam demokratisches Gedankengut ausbreitet.

Auch in Lateinamerika ist die Demokratie im Vormarsch, wenngleich diese neuen Demokratien noch nicht sehr stabil sind. Inzwischen ist nur noch Kuba eine reine Diktatur. Die Staatsgebilde der früheren Kolonien in Afrika, die als Demokratien gegründet wurden, sind mittlerweile in den meisten Fällen wieder zusammengebrochen. Ihre Zukunft ist ungewiss. Die früheren französischen Kolonien südlich der Sahara sind in der Entwicklung hinter den anderen Kolonien an die 10–15 Jahre zurück, weil die Franzosen sich nur teilweise langsam zurückgezogen haben und die alten Regierungen unter französischem Einfluss standen.

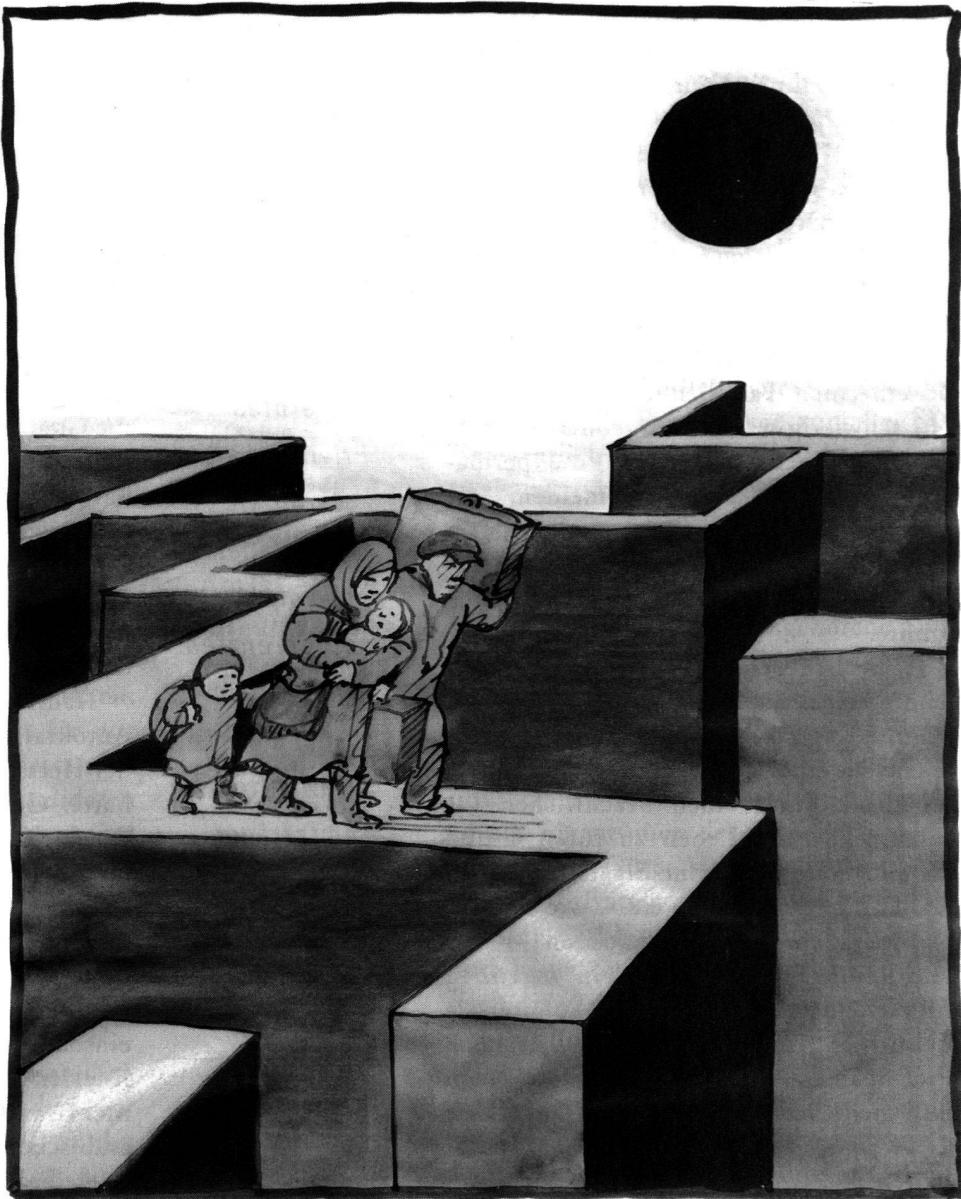
Nach Tom Sowell hat der Kollaps in Afrika viele historische Präzedenzfälle. Das historische England zum Beispiel: Vor mehr als 2000 Jahren herrschten dort viele rückständige, zerstrittene Stämme. Die Insel wurde von den Römern erobert, d.h. von einem zivilisierten Staat mit höherer militärischer Technologie. Vierhundert Jahre lang stand die Insel nur unter einem wenig prägenden zivilisatorischen Einfluss. Als die römischen Legionäre England verliessen, war der Kollaps wahrscheinlich noch schlimmer als der

Zusammenbruch in Afrika und hatte sicherlich nichts mit Rassenfragen zu tun.

Meine Prognose: Südafrika wird entweder eine Diktatur oder ins Chaos fallen. Die moslemischen Staaten – mit Ausnahme des Iran und der Türkei – sind Diktaturen und werden es wohl bleiben. Viele Diktaturen werden wohl erbliche Monarchien – Beispiele: Nord-Korea, Syrien, Aserbeidschan – das könnte Signalwirkung für andere Diktaturen haben – wobei zumeist der erbende Monarch milder ist als sein Vorgänger.

Grenzfälle

Indien ist in Wahrheit eine konstitutionelle Monarchie. Mit einer einzigen Ausnahme kam der Premierminister aus der gleichen Familie. Als der letzte echte Erbe ermordet wurde, tauchte auch die Bezeichnung «Dynastie» auf. Es gab den Versuch, die Dynastie mit der Frau des letzten Erben aufrechtzuerhalten, aber sie stammte aus Italien. Zu beobachten war eine kurze Unterbrechung der Dynastie, nachdem Indien anstatt des Premierministers einen Diktator bevollmächtigte. Nach zwei Jahren wurde wieder gewählt. Die Familie verlor die Wahl, aber sie kam nach einer kurzen Pause wieder zurück. Die Mehrheit der Wähler war aufgespalten in verschiedene kleine Parteien, manche von ihnen waren auf der rechten Seite und manche standen links von der Congress-Partei. Aber sie schafften es nie, eine Koalition zu bilden. Es ist in Demokratien nicht ungewöhnlich, dass die Gewinnerpartei nur eine Minderheit der Wähler auf ihrer Seite hat. Die englische Regierung konnte sich mit Ausnahme einer kurzen Zeit während des Zweiten Weltkriegs nie auf eine Mehrheit stützen. Weder der rechte Flügel noch der linke Flügel schaffte es auf die Dauer, die Mehrheit der Wählerstimmen zu erhalten.



„Hau ab!“

Eine ähnliche Situation gibt es in Kanada. Auch Präsident Clinton hatte bei den Wahlen keine Mehrheit. Wenn mehr als zwei Kandidaten aufgestellt werden, dann ist es normal, dass die Spitzenkandidaten keine absolute Mehrheit erreichen.

Extrem beschränktes Stimmrecht

Das alte Venedig bietet ein gutes Beispiel für beschränktes Stimmrecht. Es gibt dazu keine genauen Daten, aber es ist überliefert, dass nur 10 Prozent der erwachsenen Männer zur Wahl gehen durften. Wie in modernen Imperien üblich, konnten die Leute, die in Besitzungen des Herrscherhauses lebten, nicht wählen. Wählen war ein ererbtes Privileg. Aber die Leute, die

wählen konnten, scheinen sehr viel Zeit mit Politik verbracht zu haben. Da die meisten von ihnen Kaufleute waren, ist das überraschend.

Obwohl Wählen ein ererbtes Privileg war, waren die Venezianer sehr vorsichtig und begrenzten die Zeit, in der ein gewählter Amtsträger sein Amt ausüben durfte – mit Ausnahme des meist älteren Dogen. Darüber hinaus waren die Wahlmethoden so kompliziert, dass es für die einzelnen Familien und Koalitionen sehr schwierig war, das Ergebnis zu kontrollieren. Aber sie konnten die permanenten Familienkriege vermeiden, die die Demokratie in anderen italienischen Städten zerstörte, soweit man hier überhaupt von einer Demokratie sprechen konnte.

Trotz alledem ist das venezianische Ergebnis erstaunlich: Die Wähler schafften es, eine Lagune zur bedeutenden Staatsmacht, zu einem blühenden Handelsplatz auszubauen und einen beachtlichen Industriesektor ins Leben zu rufen – und das 800 Jahre lang ohne Staatsstreich. Im 17. Jahrhundert flogen sie – wie die anderen italienischen Stadtstaaten – aus dem Rennen, weil sie zu klein waren. In militärischen Angelegenheiten konnten sie nicht mehr mit Frankreich, Österreich und Spanien konkurrieren. Doch man darf nicht vergessen, dass sie lange Zeit als Wächter gegen die Türken standhielten.

Ein anderes Beispiel, bei dem limitiertes Wahlrecht zum Erfolg führte, ist England während der *Whig*-Periode – von der Glorreichen Revolution bis ins Jahr 1842 (*Reform Bill*). Das Oberhaus war erblich, und das Unterhaus wurde durch das verrottete *Borough* System gewählt.

Dennoch, oder vielleicht gerade deswegen, wurde die kleine Insel zur Führungsmacht in Europa und schuf ein weltweites Empire.

Autokratien

Es gibt noch viele Staaten, in denen das Wahlrecht beschränkt war, das gilt für Athen, Rom, Sparta. Es soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, dass Demokratie mitbeschränktem Wahlrecht eine in jeder Hinsicht überlegene Institution sei, aber sie hat in zahlreichen Fällen während

längerer Zeit nachweisbar gut funktioniert.

Vor dem Zusammenschluss im 19. Jahrhundert bestand Deutschland aus einer Reihe von Kleinstaaten, die alle absolutistische Herrscher hatten – mit Ausnahme von Preussen, das eine grössere Autokratie war. Sie standen alle miteinander im Wettbewerb. Die kleinen Staaten brauchten Einnahmen, aber der normale Weg, zu Geld zu kommen, war ihnen verschlossen. Da sie so klein waren, war es einfach, über die Grenze zu gehen. Hohe Zölle hätte man leicht umgehen können. Hohe Steuern hätten bedeutet, dass die Bürger 20 Kilometer weiter eingekauft hätten. Die Lösung war simpler Kameralismus, d.h. die Bewirtschaftung staatlicher Güter und Betriebe, deren Ziel es war, das Einkommen des Landesherrn zu steigern.

Traditionelle Moslem-Staaten waren Autokratien, aber Autokratien, bei denen der Herrscher wenig Macht über das Recht hatte. Gesetze basierten auf dem Koran, der durch gelehrte Theologen und Rechtskundige subtil kommentiert und interpretiert wurde. Theoretisch hatte der Herrscher keine Macht, etwas zu verändern und in der Praxis nur geringe Chancen. Er konnte zwar willkürlich jeden verurteilen, einschliesslich die auf die *Scharia* spezialisierten Richter, aber er konnte das Gesetz nicht ändern. Ursprünglich waren die arabischen Staaten in Kalifaten vereinigt. Diese brachen mit der Zeit zusammen und es entstanden eine grosse Zahl von kleinen Autokratien wie in Deutschland – mit Ausnahme der Rechtssituation. Heute gibt es immer wieder Bestrebungen, die *Scharia* in den arabischen Staaten wieder einzuführen und deren Einfluss zu verstärken.

Auch das alte chinesische Reich war undemokratisch. An der Spitze der Regierung stand der Kaiser, dessen Amt erblich war, wenn alles gut lief. Aber die Dynastien hielten sich nicht ewig. 300 bis 400 Jahre waren mehr oder weniger normal. Wenn eine Dynastie verfiel, dann war die Ursache zumeist der Verfall des Herrscherhauses. Später Kaiser porträtierte man in der Geschichte häufig als mehr oder weniger degeneriert – umgeben von einflussreichen Frauen und Eunuchen. Ein wesentliches Merkmal des chinesischen Systems ist die Organisation in kleinen, lokalen Einheiten, auf denen dann

Obwohl
wählen ein
erbtes
Privileg war,
waren die
Venezianer
sehr vorsichtig
und begrenzten
die Zeit, in
der ein
gewählter
Amtsträger
sein Amt
ausüben
durfte.

Ein König
hatte demnach
die gleichen
Interessen
wie ein
Gutsbesitzer
oder Firmen-
eigentümer.

auch die Regierung grosser Städte basiert. Sie sind wie Dörfer auf dem Land organisiert, hatten natürlich weniger Macht und geringe Möglichkeiten der Rechtsprechung. Sie befassten sich mit lokalen Angelegenheiten, waren aber nicht unabhängig von der Regierung. Die lokalen Regierungen waren mehr oder weniger demokratisch, wenn auch keine perfekten Demokratien. Die chinesischen Kommunisten behielten diese kommunalen Verwaltungen bei, obwohl diese weniger Macht hatten und mehr kontrolliert wurden als vorher. Diese Konstruktion führte zu Schwierigkeiten und nicht selten zu Blutvergiessen. Die lokalen Regierungen im kommunistischen China zeigen, dass die typischen Strukturen des alten China partiell aufrecht erhalten wurden.

Regierungsbeamte mussten eine schwierige Prüfung auf drei Ebenen bestehen. Die Prüfung war so schwer, dass sie nur jeder fünfte bestand, insgesamt bestanden sie 6000 Kandidaten. Die Kandidaten mussten ein Essay über Geschichte und Philosophie schreiben und auch in technischen Fragen Bescheid wissen. Aber auch der Stil und die Handschrift wurden benotet, manchmal waren die Kandidaten sogar verpflichtet, Gedichte zu schreiben. Es wurden auch alle möglichen Vorsichtsmassnahmen getroffen, um Abschreiben und Betrug zu verhindern. Trotzdem war und ist Korruption in den Ämtern an der Tagesordnung, sowohl im alten als auch im kommunistischen China. Aber die Korruption belastete die Staatsfinanzen nicht wirklich.

Erbliche Monarchien

In der Blütezeit des Kaiserreichs lebte ein Drittel der Menschheit in einem Gebiet, das ungefähr so gross war wie das Gebiet in den USA, östlich des Mississippi. Der Lebensstandard war ähnlich wie in anderen Teilen der Welt, wahrscheinlich etwas höher. Sie lebten in Frieden und hatten eine relativ niedrige Kriminalitätsrate. Im Fall von China ist es wichtig, dass es sich auch um eine relativ homogene kulturelle Entwicklung handelte und um ein Gebiet, in dem ältere Kulturen gepflegt

.....
Ein wesentliches Merkmal des chinesischen Systems ist die Organisation in kleinen, lokalen Einheiten.
.....

.....
Die Staatsformen haben keinen entscheidenden Einfluss auf das Wesen des Menschen, das relativ konstant ist.
.....

wurden. China war übrigens damals etwa halb so gross wie heute.

Die erbliche Monarchie ist die normale Regierungsform unter den Monarchien.

In europäischen Monarchien bei monogamen Herrschern war die Nachfolge zumeist problemlos. Schwieriger war es dort, wo die Herrscher viele Frauen hatten. Dort begann beim Tod des Herrschers häufig ein Bürgerkrieg zwischen den Söhnen. Auch in Europa, wo die Erbfolge relativ friedlich verlief, kam es zu Nachfolgekriegen, die Rosenkriege zum Beispiel. Gelegentlich gab es auch Erbfolgeprobleme, weil die Nachfolger geistesgestört waren – zum Beispiel bei Alexander dem Grossen. Der wirkliche Erbe Alexanders des Grossen war sein einfältiger jüngerer Halbbruder, aber der nachgeborene Sohn wurde zum Nachfolger erkoren.

Die französischen Monarchisten fanden ein ziemlich raffiniertes Argument für die absolute Monarchie: Interessen des Königs und seines Landes seien identisch, wenn er als Eigentümer des Landes fungiere. Öffentliche Güter sind nach dieser Auffassung Privateigentum des Königs, der Straßen und Kanäle baute und für Polizei und Justiz sorgte. Ein König hatte demnach die gleichen Interessen wie ein Gutsbesitzer oder Firmeneigentümer.

Darüberhinaus sind kaum Anhaltpunkte dafür zu finden, dass Könige aussergewöhnliche Härte gegenüber den Bürgern zeigten. Es mochte in Europa reiche und arme Staaten geben haben, aber ein Zusammenhang zwischen armen und reichen Ländern und absoluter und konstitutioneller Monarchie ist nicht festzustellen.

Die Staatsformen haben keinen entscheidenden Einfluss auf das Wesen des Menschen, das relativ konstant ist. Normalerweise ist ein König nicht viel klüger als ein Durchschnittswähler. Aufstieg in einer Demokratie und Aufstieg am königlichen Hof ist von ähnlichen Merkmalen bestimmt. Die Menschen, welche die Gunst der Könige gewinnen, sind den Politikern, die Wahlen gewinnen, nicht unähnlich. In beiden Fällen werden sie sich nach der «Stimme ihres Herrn» richten – nach Königen oder Wählern. ♦